



# Barthle-Brief

Nr. 62

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

28.09.2012

Thema der Woche:

## **Ehrung zweier prägender CDU-Politiker**

**Helmut Kohl vor 30 Jahren zum Bundeskanzler gewählt – Wolfgang Schäuble zum 70. Geburtstag**

In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages ehrte die CDU/CSU-Fraktion zwei ihrer prägenden Mitglieder: Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble. Aus Anlass des 30. Jahrestages seiner ersten Wahl zum Bundeskanzler nahm an diesem Dienstag Helmut Kohl an der Fraktionssitzung teil. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder erinnerte in seinem Bericht an die „historische Wende vor dreißig Jahren“:

Am 1. Oktober 1982 wählte der Deutsche Bundestag Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Damals litt das Land unter hoher Arbeitslosigkeit, einer enormen Staatsquote und unter schwachem Wirtschaftswachstum. Die Menschen wollten einen Neuanfang und haben dies ein halbes Jahr später bei der Bundestagswahl 1983 eindrucksvoll unterstrichen. Unter Führung von Helmut Kohl hat die neue christlich-liberale Koalition die Politik des Landes neu ausgerichtet: Zurück zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Stabilisierung der Sozialbeiträge und Sanierung des Staatshaushalts waren wichtige Stichworte. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft wurden wieder miteinander verbunden.

Außenpolitisch hat Helmut Kohl die Bundesrepublik Deutschland wieder fest in der westlichen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft verankert. Frieden und Freiheit gehörten für ihn immer untrennbar zusammen. Sein Festhalten am NATO-Doppelbeschluss wird heute auch von damaligen Gegnern als richtig bezeichnet.

Genauso unbeirrt hat Helmut Kohl am Ziel der Einheit Deutschlands festgehalten – auch und gerade in einer Zeit, als SPD und SED in Ost-Berlin gemeinsam Grundwerte ausloteten. Helmut Kohl dagegen hat Klarheit gesprochen, erinnern wir uns nur an seine Rede beim Honecker-Besuch in Bonn 1987.

Überzeugungen überzeugen – zwei Jahre später haben die Menschen in der DDR mit der friedlichen Revolution die Herrschaft der SED überwunden. Und Helmut Kohl war es, der unbeirrt und zielstrebig die historische Chance zur glücklichen Wiedervereinigung unseres Landes ergriff. Zu Recht ist er daher der „Kanzler der Einheit“, zu Recht sprechen wir von der „Ära Helmut Kohl“.

Helmut Kohl konnte die Einheit Deutschlands bei unseren Nachbarn und Partnern auch deswegen vermitteln, weil er von Beginn seiner Kanzlerschaft an deutsche Politik immer in die Zusammenhänge unserer europäischen Nachbarschaft eingebettet hat. Deutschland kann nur in und mit Europa gelingen, nie gegen Europa. Die Weiterentwicklung des von Konrad Adenauer angelegten europäischen Einigungswerks war ein unverzichtbarer Teil seiner Friedenspolitik. Nach der Aussöhnung mit Frankreich war für ihn die Aufnahme und Integration unserer mittel-, ost- und südost-europäischen Nachbarn in die EU selbstverständlich. Er wusste: Die deutsche Einigung und die europäische Einigung sind zwei Seiten der selben Medaille.

Eng mit Helmut Kohl, dem „Ehrenbürger Europas“, verknüpft sind auch die Schaffung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion bis hin zur Einführung des Euro.



Ein weiterer Vordenker der Europäischen Integration wurde an diesem Mittwoch gewürdigt. Die CDU/CSU-Fraktion lud aus Anlass des 70. Geburtstages von Wolfgang Schäuble zum Empfang in das Deutsche Theater. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete Schäuble, der bereits 40 Jahre als Abgeordneter im Deutschen Bundestag sitzt, als Diener der deutschen Politik und des deutschen Volkes. „Ohne Sie sähe unser Land anders aus“, sagte Merkel. Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, würdigte den Jubilar mit den Worten: „Europa hat eine Seele, aber Europa hat auch ein Herz – und das schlägt in Wolfgang Schäuble.“ Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nannte Schäuble eine außergewöhnliche Persönlichkeit mit einem immensen Erfahrungsschatz.

Gleichzeitig sei der Finanzminister ein ausgesprochener Liebhaber von Kunst, Theater und Musik. Damit begründete Kauder auch die Wahl des Ortes und das kunstvolle Rahmenprogramm der Matinee. Der Theaterschauspieler Ulrich Matthes las für Schäuble „Die Bürgschaft“ von Friedrich von Schiller und den Essay „Berlin! Berlin!“ von Kurt Tucholsky, der schon 1919 wusste, dass „der Berliner ein Sklave seines Apparats ist“, an dem das Leben vorbeigehe. Das Hornquartett der Berliner Philharmoniker brachte dem Finanzminister ein Geburtstagsständchen. Schäuble zeigte sich gerührt. Im politischen Leben helfe die Kunst, Maßstäbe zu gewinnen, sagte er.

Zur Matinee kamen mit der Bundeskanzlerin fast alle Kabinettsmitglieder, Spitzenpolitiker von Koalition und Opposition sowie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Seine Familie, politische Wegbegleiter und Freunde nahmen ebenfalls an der Festveranstaltung mit anschließendem Empfang teil.

Angela Merkel sagte, Schäuble habe deutsche und europäische Politik an maßgeblicher Stelle gestaltet. Er sei ein Mensch, der seine Überzeugung lebe, der sich Unabhängigkeit und innere Freiheit bewahrt habe. Da er schon seine elfte Legislaturperiode im Bundestag verbringe, verkörpere er inzwischen das „Langzeitgedächtnis der Republik“.

Sie ließ Stationen seines Wirkens als Chef des Bundeskanzleramts, als Bundesinnenminister und schließlich als Bundesfinanzminister Revue passieren. Schäuble hatte im Laufe seiner politischen Karriere nicht nur Regierungsämter inne, sondern prägte auch Partei und Fraktion, zunächst als parlamentarischer Geschäftsführer, dann als Fraktionsvorsitzender und als Parteivorsitzender. Bis heute ist er Mitglied im Präsidium und Vorstand der CDU.

2013 will er erneut für den Bundestag kandidieren. Schon als Jugendlicher habe er sich für Politik interessiert und sich für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens eingesetzt, sagte Schäuble in seiner Dankesrede. Auch mit 70 könne er noch sagen, dass ihm die Politik „Freude macht“. Dass er ein glücklicher Mensch geblieben sei, habe er aber vor allem seiner Frau und seinen Töchtern zu verdanken, fügte er hinzu.



Ich sage ganz persönlich: Ich bin dankbar, daß wir zwei Staatsmänner von internationalem Format in unseren Reihen haben!

### **ESM kann jetzt in Kraft treten**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 12. September 2012 den ESM-Vertrag und die deutschen Umsetzungsgesetze grundsätzlich gebilligt. Es hat in seinem Urteil insbesondere die von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag stets vertretene Ansicht bestätigt, dass die deutsche Haftung im ESM streng auf den deutschen Anteil begrenzt ist und der Bundestag beim laufenden Betrieb des ESM umfangreich und verfassungsrechtlich ausreichend beteiligt werden wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die Bundesregierung diese Klarstellung völkerrechtlich bekräftigt hat und dass sie dies gemeinsam mit allen 17 ESM-Partnerstaaten tut.

Der haushaltspolitische Sprecher Norbert Barthle: „Die Unionsfraktion befürwortet diese Klarstellungen und unterstützt das baldige Inkrafttreten des ESM. Es ist ein positives Zeichen für Europa, dass sich alle ESM-Mitglieder binnen kürzester Zeit auf die gleiche Vertragsauslegung verständigt haben. Durch das gemeinsame Handeln der Euro-Staaten und die klare Gesetzgebung dazu wird deutlich, dass die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag unbeirrt an der Zukunft unseres Geldes und unseres Wirtschaftsraums arbeiten.“

### **Bericht zum Stand der deutschen Einheit**

Der vom Kabinett zuvor beschlossene Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2012 stand im Mittelpunkt der Regierungsbefragung an diesem Mittwoch. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der den Bericht im Plenum des Bundestages vorstellte, bezeichnete vor allem die gesunkene Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern als „erfreulich“ – auch wenn die Arbeitslosenquote dort noch deutlich über dem Niveau in den alten Ländern liege, wie er einräumte. Ostdeutschland habe noch wirtschaftlichen Nachholbedarf – dennoch könne man die ostdeutschen Bundesländer nicht mehr über einen Kamm scheren: „Es gibt dort sowohl Boom-Regionen als auch wirtschaftlich schwache Regionen.“ Trotzdem zeige der Bericht, dass ostdeutsche Unternehmen im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit hinterhinkten, so der Minister. „Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist kleinteiliger“, sagte Friedrich. Dies wirke sich negativ auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen aus. „Sie brauchen und sie bekommen deshalb auch weiterhin Unterstützung.“ Insgesamt sehe er Ostdeutschland aber auf einem guten Weg in Richtung „Angleichung“. Die Schwankungen im Bruttoinlandsprodukt seien vor

allem darin begründet, dass die alten Bundesländer von der Wirtschaftskrise stärker betroffen gewesen seien – und sich danach wieder stärker erholt hätten.

### **Demografiepolitik als Querschnittsaufgabe**

An diesem Dienstag verabschiedete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Positionspapier, in dem sie die Demografiepolitik zur Querschnittsaufgabe erklärte. Die deutsche Bevölkerung altert: Seit Jahrzehnten steigt die Lebenserwartung; die Geburtenrate hat sich auf niedrigem Stand eingependelt. Der demografische Wandel verändert das Leben in Deutschland und stellt die Politik vor neue Herausforderungen. So müssen die sozialen Sicherungssysteme den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Mit den finanziellen Ressourcen und den ökologischen Lebensgrundlagen muss schonend umgegangen werden, um sie für die nachkommenden Generationen zu erhalten.

Mit dem Papier bereitet sich die Fraktion auf den Demografie Gipfel der Bundesregierung Mitte Oktober vor. Sie geht von der These aus, dass auch eine allmählich kleiner und älter werdende Gesellschaft vital bleiben kann. Die Lebensphase „Alter“ umfasst inzwischen oft mehrere Jahrzehnte. Für die Menschen ist sie mit dem Wunsch nach einer aktiven Gestaltung verbunden. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft stellt die Fraktion nach wie vor an den Beginn ihrer Überlegungen. „Kinder sind eine Bereicherung. Wir wollen junge Männer und Frauen ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden“, heißt es. Damit dies gelingt, soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Damit der demografische Wandel nicht zu Wohlstandsverlusten führt, bedarf es vor allem einiger Anpassungen im Bildungsbereich, in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Angesichts des sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangels setzt sich die Unionsfraktion dafür ein, die inländischen Potenziale für den Arbeitsmarkt noch besser zu nutzen. An anderer Stelle wurden bereits Weichen gestellt, etwa mit der behutsamen Einführung der Rente mit 67.

### **Zitat:**

„Weil ich damals nicht so perfekt war wie heute.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Gorleben-Untersuchungsausschuss zu Vorhaltungen der SPD-Obfrau Ute Vogt, warum ihre Aussagen aus dem Jahr 1995 zu einer Gorleben-Studie von denen im Ausschuss abwichen.)